

Stand: 06.07.2025 05:14:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23305

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke; COM(2022) 216 final BR-Drs. 267/22"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23305 vom 22.06.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23362 des BU vom 28.06.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23419 vom 30.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 30.06.2022



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Karl Freller, Alexander König CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke;

COM(2022) 216 final

BR-Drs. 267/22

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke; COM(2022) 216 final; BR-Drs. 267/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Landtag hält den Ansatz der EU-Kommission im Richtlinienvorschlag, Eigenkapitalfinanzierungen steuerlich faktisch nicht zu benachteiligen, im Grundsatz für nachvollziehbar. Durch Anreize für vermehrte Eigenkapitalfinanzierung könnten die hohe Verschuldungsrate von Unternehmen reduziert, deren Widerstandsfähigkeit erhöht und Insolvenzrisiken deutlich verringert werden.

Hinsichtlich der konkret vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels sieht der Landtag jedoch die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit verletzt:

Für das Recht der direkten Steuern besteht grundsätzlich keine Zuständigkeit auf Ebene der EU. Die Gestaltung der direkten Steuern obliegt den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Haushaltshoheit. Die Notwendigkeit für eine ausnahmsweise zulässige Harmonisierung von Rahmenregelungen gemäß Art. 115 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) besteht nicht, da das Fehlen von Vorschriften zur steuerlichen Finanzierungsneutralität keine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionsweise des Binnenmarktes zur Folge hat. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht zwingend erforderlich, um die Funktionsweise des Binnenmarkts zu garantieren. Vielmehr ist es so, dass in einigen Mitgliedstaaten bereits seit längerer Zeit derartige

Regelungen existieren, während dies in anderen Mitgliedstaaten nicht der Fall ist. Dies entspricht einem gesunden Wettbewerb der hochkomplexen Steuersysteme der Mitgliedstaaten, der nicht nur den Binnenmarkt nicht beeinträchtigt, sondern geradezu wünschenswert ist.

In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, dass der Vorschlag die Besonderheiten der Steuerrechtsordnungen der einzelnen Mitgliedstaaten nicht achtet. So würde eine Umsetzung des Vorschlags zu weitreichenden strukturellen Änderungen im Bereich des nationalen Unternehmenssteuerrechts führen. Während der Richtlinienvorschlag nur Kapitalgesellschaften umfasst, müssten in Deutschland ebenfalls Personenunternehmen in geeigneter Weise berücksichtigt werden, um dem Prinzip der Rechtsformneutralität gerecht zu werden.

Der Vorschlag begegnet auch mit Blick auf die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit i. S. d. Art. 5 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) erheblichen Bedenken. Insbesondere die vorgeschlagene Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Zinsen auf 85 Prozent erscheint in diesem Zusammenhang nicht angemessen.

Der Beschluss des Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/23305

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremdgegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke; COM(2022) 216 finalBR-Drs. 267/22

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter:

Tobias Gotthardt

Mitberichterstatter:

Markus Rinderspacher

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 28. Juni 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: kein Votum
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: EnthaltungZustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Karl Freller, Alexander König** CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke

COM(2022) 216 final

BR-Drs. 267/22

Drs. 18/23305, 18/23362

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke; COM(2022) 216 final; BR-Drs. 267/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Landtag hält den Ansatz der EU-Kommission im Richtlinienvorschlag, Eigenkapitalfinanzierungen steuerlich faktisch nicht zu benachteiligen, im Grundsatz für nachvollziehbar. Durch Anreize für vermehrte Eigenkapitalfinanzierung könnten die hohe Verschuldungsrate von Unternehmen reduziert, deren Widerstandsfähigkeit erhöht und Insolvenzrisiken deutlich verringert werden.

Hinsichtlich der konkret vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels sieht der Landtag jedoch die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit verletzt:

Für das Recht der direkten Steuern besteht grundsätzlich keine Zuständigkeit auf Ebene der EU. Die Gestaltung der direkten Steuern obliegt den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Haushaltshoheit. Die Notwendigkeit für eine ausnahmsweise zulässige Harmonisierung von Rahmenregelungen gemäß Art. 115 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) besteht nicht, da das Fehlen von Vorschriften zur steuerlichen Finanzierungsneutralität keine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionsweise des Binnenmarktes zur Folge hat. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht zwingend erforderlich, um die Funktionsweise des Binnenmarkts zu garantieren. Vielmehr ist es so, dass in einigen Mitgliedstaaten bereits seit längerer Zeit derartige Regelungen existieren, während dies in anderen Mitgliedstaaten nicht der Fall ist. Dies entspricht einem gesunden Wettbewerb der hochkomplexen Steuersysteme der Mitgliedstaaten, der nicht nur den Binnenmarkt nicht beeinträchtigt, sondern geradezu wünschenswert ist.

In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, dass der Vorschlag die Besonderheiten der Steuerrechtsordnungen der einzelnen Mitgliedstaaten nicht achtet. So würde eine Umsetzung des Vorschlags zu weitreichenden strukturellen Änderungen im Bereich des nationalen Unternehmenssteuerrechts führen. Während der Richtlinienvorschlag nur Kapitalgesellschaften umfasst, müssten in Deutschland ebenfalls Personenunternehmen in geeigneter Weise berücksichtigt werden, um dem Prinzip der Rechtsformneutralität gerecht zu werden.

Der Vorschlag begegnet auch mit Blick auf die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit i. S. d. Art. 5 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) erheblichen Bedenken. Insbesondere die vorgeschlagene Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Zinsen auf 85 Prozent erscheint in diesem Zusammenhang nicht angemessen.

Der Beschluss des Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, FDP und AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt

Schutz von Kindern vor unsicherem Spielzeug und Stärkung
des Binnenmarkts – Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie

02.03.2022 - 25.05.2022

Drs. 18/21986, 18/23373

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23373
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Internationaler Güter- und Personenverkehr –

Steigerung des Anteils des Schienenverkehrs

30.03.2022 - 22.06.2022

Drs. 18/22740, 18/23371

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23371
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	ohne	☒	☒

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Nutzfahrzeuge – Gewicht und Abmessungen (Bewertung)

26.04.2022 - 19.07.2022

Drs. 18/22848, 18/23372

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23372
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	ohne	☒	☒

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften
für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von
Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung
der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke;
COM(2022) 216 final
BR-Drs. 267/22
Drs. 18/23305, 18/23362

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ohne	A	ENTH

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Förderung eines Modellprojekts für Car-Sharing-Angebote in ländlichen Regionen
Drs. 18/4399, 18/23252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostensenkung III – Musterbauordnung
Drs. 18/19878, 18/22446 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostenensenkung IV –
Ausbildungsoffensive im Handwerk
Drs. 18/19879, 18/21969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	ENTH	Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft der Neigetechnik in Bayern
Drs. 18/21189, 18/23253 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU Diesellöcher im Bahnverkehr beseitigen – Bahnstrecken endlich elektrifizieren
Drs. 18/21307, 18/23254 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU Überschießende Regulierung in der EU-Gebäude-Energieeffizienz-Richtlinie (EPBD) verhindern
Drs. 18/21758, 18/23255 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht über Maßnahmen zur Besucherinnen- und Besucherlenkung und zum Besucherinnen- und Besuchermanagement
Drs. 18/21808, 18/23226 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

12. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn,
Ruth Müller u.a. SPD
Strom statt Diesel I: Einsatz emissionsfreier Bahnantriebe voranbringen
Drs. 18/21812, 18/23256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

13. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn,
Ruth Müller u.a. SPD
Strom statt Diesel II: Einsatz emissionsfreier Bahnantriebe voranbringen
Drs. 18/21813, 18/23251 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Ordner-Mangel für Volksfeste unbürokratisch abmildern
Drs. 18/21845, 18/23227 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Landesplanung stärken – Wirksamkeit des Zentralen-Orte-Systems in seiner derzeitigen Form überprüfen
Drs. 18/21856, 18/23228 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Landkreisen sozialen Wohnungsbau ermöglichen!
Drs. 18/22048, 18/23257 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Implementierung von Building Information Modeling (BIM)
im staatlichen Hochbau
Drs. 18/22049, 18/23223 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Benjamin Miskowitsch u.a. CSU Bundesweite Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeit von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren
Drs. 18/22203, 18/23229 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒ ENTH	☒ ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufsschulen als Vorreiter des modernen Lehrens und Lernens – Chancen der Digitalisierung und Erfahrungen aus der Pandemie nutzen
Drs. 18/22209, 18/23277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufliche Bildungsangebote für benachteiligte Gruppen stärken
Drs. 18/22211, 18/23278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒ ENTH	☒

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Erneuerungsprozess der Berufsschullehrpläne
Drs. 18/22214, 18/23279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒ ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Initiative Berufsschullehrkräfte –
Unterricht für die Fachkräfte von morgen sichern
Drs. 18/22215, 18/23280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schule trifft Wirtschaft – Berufsorientierung muss selbstverständlicher
Bestandteil des Unterrichts werden
Drs. 18/22217, 18/23281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Interreligiösen Dialog fördern und gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken – Runden Tisch der Religions- und
Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern einrichten
Drs. 18/22224, 18/23282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Spielräume aus Corona-Fonds der EU für Stärkung der Grenzregionen einsetzen
Drs. 18/22376, 18/23231 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch mit pflegenden Angehörigen
Drs. 18/22380, 18/23247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐ A	☐ A	☐ A	☒	☐ A	☐ A

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahme von Arztpraxen durch Investoren
Drs. 18/22382, 18/23249 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐ A	☒	☒	☐ A	☒

36. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Putin vor das Kriegsverbrechertribunal
Drs. 18/22661, 18/23232 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐